

Auf das in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.



21. Jahrgang. No. 4

Münster, East., Donnerstag den 6. März 1924.

Fortlaufende No. 1044

ORA E LABORA

Bete und Arbeit!

Welt-Rundschau.

23. Febr. — Die größte Notwendigkeit der Stunde ist nicht Gesetze zu machen, sondern deren Beobachtung zu erzwingen. So sprach Charles Hughes, früher Richter am Oberbundesgerichte der Ver. Staaten und gegenwärtig Staatssekretär, in einer Rede vor den Mitgliedern des amerikanischen Rechtsinstitutes. Obwohl man geneigt ist, Worte, die einer solchen Weisheitsquelle entspringen, ohne weiteres zu bewundern und anzunehmen, so tut man doch gut, dieselben auf ihren Wahrheitswert zu prüfen. Bei näherer Untersuchung stellt sich auch heraus, daß der Satz neben einem Körnlein Wahrheit viel Unrichtiges enthält. Soviel ist wahr, daß Gesetze zu machen nicht die größte Notwendigkeit der Stunde ist, da es sicherlich eine ganze Unmasse von Dingen gibt, die viel notwendiger sind, als immer wieder neue Gesetze zu machen. Auch die zweite Hälfte des Satzes ist teilweise wahr, insofern es nämlich wichtiger ist, die Beobachtung der Gesetze zu erzwingen, als Gesetze zu machen, vorausgesetzt natürlich, daß es sich um gerechte und nützliche Gesetze handelt. Handelt es sich aber um ungerechte und nutzlose Gesetze, so ist schon genug Schaden entstanden dadurch, daß so ein Gesetz gemacht wurde; durch die Einschränkung desselben würde nur der Schaden vervielfältigt werden. Abgesehen von diesem bishigen Wahrheit, die ohnehin jedem einleuchtet, der nicht ganz von Sinnen ist, lehren uns die Worte des Staatssekretärs nichts Beachtenswertes. Aber sie lehren uns viel Falsches, indem sie den Blick von dem wahren Grunde des Übels ablenken und die Schuld hierfür auf einen Scheingrund hinken. Hughes weist nämlich auf die große Verwirrung und Unbestimmtheit hin, die in Rechtsfragen überal herrscht, und dafür macht er ausschließlich das unaufrichtige Fabriieren von Gesetzen und die Nicht-Einhaltung derselben verantwortlich. Das ist aber nicht der Grund, das ist selbst nur eine von den Erscheinungen, die dem wirklichen Grunde entspringen. Der wirkliche Grund ist, daß sich in der ganzen modernen Welt, nicht bloß in den Ver. Staaten, der „allmächtige“ Staat an die Stelle Gottes gesetzt hat. Der alte Grundsatz, daß der einzelne Mensch und die menschliche Gesellschaft zur Verherrlichung Gottes erschaffen seien und zur Erreichung des zeitlichen und vor allem des ewigen Glückes eines jeden Menschen, ist längst über Bord geworfen worden. Daß der Mensch und die Gesellschaft dem Staate und logisch vorausgehen und deshalb Rechte sowohl als Pflichten haben, die vom Staate unabhängig sind, in die sich kein Staat ohne Ueberbreitung seiner Rechtsphäre einmischen darf, das wurde längst vergessen, ja es klingt in modernen Ohren wie eine gegen die Majestät des Staates gerichtete Däresie. Nach heutigen Begriffen ist nicht der Staat für den Menschen und die Gesellschaft da, sondern umgekehrt existieren Mensch und Gesellschaft bloß für den Staat; ja es existiert überhaupt keine Gesellschaft mehr außer im Staate und durch den Staat, der Staat hat die Gesellschaft verdrängt und aufge-

ne Zeitalter bringen werde; er hatte nie, brachte sie ihn vor Gericht. Der Beispiele, welche diesem mehr oder weniger ähnlich sind, gibt es heutzutage so viele, daß dieses jedenfalls kein Aussehen erregen wird. Trotz der allgemeinen Verwilderung der Sitten gibt es auch außerhalb der kath. Kirche noch viele, welche die Gesetzlosigkeit auf dem heiligen Gebiete der Ehe beklagen und sich nach Mitteln umsehen, um dieselbe einzuschränken. Aber sie sind alle wie der Blinde, der den Blinden führt. Keiner wagt es, dem Uebel an die Wurzel zu gehen; jeder, der vom Uebel spricht, deutet auf irgend einen Nebenbestand hin, als ob er die Ursache des Übels wäre. So stellte neulich ein Richter in Los Angeles die Angaben über mehr als 1000 Scheidungsprozesse, die daselbst in jüngster Zeit geführt wurden, zusammen und kam zu dem Schlusse, daß Mangel an Sparlichkeit die Hauptursache war. Daran schloß er dann die salbungsvolle Behre, dem jungen Amerika den Sinn für Sparlichkeit in den Schulen einzupflanzen, um die Neigung zu Ehescheidungen zu verringern. Dieser Richter verdient in der Tat, unter die Weltweisen versetzt zu werden. Wenn das Uebel solche Früchte hat, so ist es nicht zu verwundern, daß es immer tiefer und tiefer im Sumpfe verfaule. Der wahre Grund liegt in der Gottlosigkeit und Sittenlosigkeit der heutigen Welt. Ihre Geistesverfassung ist schon vom Engel Gottes im Buche Tobias vor tausenden von Jahren in den folgenden Worten beschrieben: „Ich will dir anzeigen, welche die sind, worüber der Teufel Gewalt hat. Die nämlich, welche so in den Ehestand treten, daß sie Gott von sich und ihrem Herzen ausschließen, und ihrer Wollust also pflegen wie Pferd und Esel, die keinen Verstand haben; über die hat der Teufel Gewalt.“ (Tob. 6. 16, 17.) Kein Wunder darum, daß sie die Mahnung des Engels für nicht achteten, wenn er lehrte, daß der Mensch in den Ehestand eintreten soll in der Frucht des Herrn, mehr als Liebe zu Kindern als durch Wollust bewegen, um in Kindern Segen zu erhalten. Solche verabscheuten und verwerben in sündhafter Weise den Kindersegen, Kinder bedeuten für sie keinen Segen, sondern eine unerträgliche Last. Es wäre die Aufgabe des Staates, die Heiligkeit der Ehe zu beschützen und dadurch die menschliche Gesellschaft vom Abgrunde des Verderbens zu bewahren. Aber der moderne Staat hat sich an die Stelle Gottes gesetzt. Der göttliche Heiland hat feierlich die Unaufrichtigkeit der Ehe verkündigt in den Worten: „Was Gott verbunden hat, das soll der Mensch nicht trennen.“ (Matth. 19. 6.) Aber der Staat maß sich das Recht an, gültige Ehen aufzulösen und die Wiederverheiratung getrennter Eheleute als gesetzmäßig zu erklären. Auf diese Weise fördert er direkt die Unzucht und leistet dem Ehebruch Vorschub. Die Wurzel des Übels also liegt in dem Sittenverderben des Volkes und noch mehr in der Annahmung des Staates, der sich über und gegen Gott erhebt. Wer etwas zur Rettung des Volkes tun will, muß hier Hand anlegen.

25. Febr. — McDonald, der englische Premier, hat Glück oder Geschick, vielleicht beides. Der Streit der Fabrikarbeiter ist vorüber-

Der ehemalige Gouverneur von Illinois, Frank D. Rowden, nahm vor kurzem die Gelegenheit wahr, die allgemeine Aufmerksamkeit auf einen Uebelstand unseres öffentlichen Lebens zu lenken, der allen Sparlichkeitsbestrebungen der Bundesregierung wie der staatlichen und städtischen Verwaltung ein schier unüberwindliches Hindernis entgegenstellt, dem aber von den verantwortlichen Stellen viel zu wenig Beachtung geschenkt oder wenigstens nicht mit der notwendigen Energie entgegengetreten wird. Es ist dies die immer fortschreitende Zunahme des Bürokratismus, sei es in Gestalt von immer mehr Beamten aller Sorten, sei es in Gestalt von neuerschaffenen Kommissionen, Behörden, Ausschüssen, Bureaus und wie die Körperschaften alle heißen mögen. Sie alle tragen ihr Scherflein, und zwar durchaus kein geringes, zur Erhöhung der Bürde der Steuerzahler bei, ohne in entsprechendem Maße in einer Verbesserung der Verwaltungsmaschinerie zum Ausdruck zu gelangen, stellen sich also als eine zum mindesten höchst leichtsinnige Verwendung der Abgaben der Bürger dar.

Die von Ergoverneur Rowden bei dieser Gelegenheit ins Treffen geführten Zahlen waren derartige, daß sie bei denen, die seine Aeußerungen hörten oder lasen, das größte Aufsehen erregten, allein sie kamen einem noch sehr mächtig vor, wenn man sie mit diesbezüglichen Angaben vergleicht, die in einem kürzlich veröffentlichten Bulletin der Nationalen Verwaltungsbehörde für die Interessen — wieder eine Behörde, aber diesmal eine ganz private, — über das Anschwellen der Steuerlasten enthalten sind. Nach diesem Bulletin stehen von den über sechzehn Jahre alten Bewohnern der Ver. Staaten, die sich durch geistige oder körperliche Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, volle acht Prozent, ungefähr eine von je zwölf Personen, im öffentlichen Dienste, und ihre Gehälter und Bezüge kommen den Steuerzahlern alljährlich auf beinahe vierhundert Millionen Dollars zu stehen. Mit anderen Worten: die rund vierzig Millionen Leute, die Gehälter oder Arbeitslohn beziehen, müssen jedes Jahr mehr als neunzig Millionen per Kopf

an Steuern entrichten, um den Unterhalt der Bundes-, Staats-, Stadt-, County- und Townbeamten zu bestreiten. Die Zahl dieser Beamten beläuft sich gegenwärtig auf über 2.700.000, die Höhe ihrer Gehälter und Bezüge auf ungefähr dreieinhalb Milliarden Dollars per Jahr; hierzu kommen noch beinahe siebenhunderttausend pensionierte Beamte oder pensionsberechtigende Familienmitglieder solcher uho., die jährlich durchschnittlich weit über dreihundert Millionen Dollars ausbezahlt erhalten. Das ergibt zusammen beinahe dreieinhalb Milliarden Personen, deren Namen in den öffentlichen Verzeichnissen stehen, und die den Steuerzahlern nicht weniger als vierhundert Millionen Dollars kosten. Gerade vor Ausbruch des Bürgerkrieges, als zum erstemal diesen Dingen auf den Grund gegangen wurde, ergaben Untersuchungen der Sachlage, daß nur ein Mann in öffentlichen Diensten auf je tausend Einwohner entfiel; zur Zeit der Administration Cleveland hatte sich dieses Verhältnis bereits auf einen öffentlichen Beamten für je hundert Einwohner verschlechtert, und wie aus den eben angegebenen Zahlen geschlossen werden darf, wird es bei Fortdauer der gegenwärtigen Tendenz wohl nicht allzulange mehr dauern, bis von je zehn Einwohnern immer einer in öffentlichen Diensten steht. Nach den Berechnungen von Sachverständigen müssen alle Leute, die von ihres Kopfes oder ihrer Hände Arbeit leben, in jedem Jahre mindestens fünfzig Tage nur zu dem Zwecke arbeiten, um durch den Verdienst dieser sieben Wochen die Bezahlung für unsere Regierung und ihre Angestellten aufzubringen. Das ist ein Zustand, der zu den ersten Bedauernlichen Anlauf gibt und umso bedenklicher ist, als die Flut des Beamtenheeres eher im Ansteigen als im Fallen begriffen ist. Hier sollte von denen, die mögliche Sparlichkeit in unserem öffentlichen Leben betrießen, die Art angeleitet werden, zumal es allem Anschein nach geschehen kann, ohne der Verwaltungsmaschine besonderen Abbruch zu tun. (America.) So ist es anderswo, z. B. in Canada, anders? — Weh.

Kosten der Bureaucratie.

Die Telegaten der Streiker nahmen die Bedingungen der Arbeitgeber an, die ihnen zwar nicht alles Verlangte gewährten, aber doch für sie günstig sind. Zugleich wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß auch der Rest der Forderungen bis zum nächsten Sommer bewilligt werden solle. Bei gutem Willen auf beiden Seiten läßt sich für gewöhnlich aller Streit vermeiden oder entstandenes Mißverständnis aufklären und aus dem Wege schaffen. Und wenn erst beide Seiten, Arbeiter sowohl als Arbeitgeber, vom Geiste christlicher Gerechtigkeit geleitet würden, statt vom trübseligen Geiste der Habgucht und des Neides, so würden ernstliche Lohnstreitigkeiten überhaupt nicht vorkommen. Ein friedliches Schiedsgericht, das bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten entscheiden würde, was recht und billig ist, wäre für alle Fälle genügend. Aber weil das Christentum aus dem öffentlichen Leben verbannt wurde, muß es bei jeder Ge-

(Fortsetzung auf Seite 4.)